A5 B5 A4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 60 Milliarden

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—83. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugs f. d. Woche bis zum 24. November 1,60 Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Bezahlung. Anzeigenpreis 0,50 Goldmark = 33 mm breite Millimeter-Zeile. Behördenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Freitag.
16. November 1923

16 11 a Nr. 524-34 40 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

HEINRICH STREUBEL
BERLIN W 9
Lützowstraße 12
Art.- u. Verkauf
u. Beleihung
BANKGESCHÄFT
GOLDANLEIHE

Französisch-belgische Erpressung!

Die Düsseldorfer Verhandlungen gescheitert.

Dienstag, 4 Uhr nachmittags, wurden in Düsseldorf die Verhandlungen zwischen den Vertretern des rheinisch-westfälischen Bergbaus und der Micum fortgesetzt, nachdem kurzes offiziöse aus Paris zurückgekehrt waren. Hugo Stinnes, der in Berlin weilte, nahm an den Verhandlungen nicht teil.

In absolutem Gegensatz zu den Grundlagen der bisherigen Verhandlungen, wonach der Gegenwert der zu liefernden Kohle und des Transporties auf Reparationskonto verrechnet und so dem Reiche bezahlt werden sollte, stellte die Micum die Forderung, diese so bedeutsamen Gegenwerte auf ein anderes Konto zu schreiben. Dieses unerhörte Ansinnen wurde von den deutschen Vertretern abgelehnt, weil es in keiner Weise den Bestimmungen über die Reparationsleistungen entspricht, wonach die Kohlen franko Grenze bzw. franko Seehafen zugunsten des Reparationskontos des Reiches voll zur Anrechnung kommen müssen.

Es erweckt den Anschein, als ob die Vertreter der französischen und belgischen Regierung in offenem im Gegensatz zu dem bisher eingenommenen Standpunkt die Weisung erhalten haben, die Formulierung der mit dem deutschen Bergbau abzuschließenden Verträge so zu wählen, daß aus dem Wert der vom Ruhrgebiet zu liefernden Kohle andere Unsosten Frankreichs und Belgiens gedeckt würden. Insbesondere wohl die Kosten des rechts- und vertragswidrigen Einbruchs in die Westmark. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob dieser Standpunkt der französischen und belgischen Regierung angesichts der Tatsache aufrechterhalten werden kann, daß dadurch auch die Interessen der anderen an den Reparationsleistungen beteiligten Mächte auf das empfindlichste berührt werden, zumal die Kohle bekanntlich unter allen Naturallieferungen den größten Wert darstellt, einen Wert, der — dies sei ausdrücklich wiederholt — franko Grenze noch den geltenden Bestimmungen ausschließlich dem Reparationskonto gutgeschrieben werden muß.

Dieser neue Vergewaltigungsversuch der französischen und belgischen Regierung droht die bereits bestehende Kluft zwischen dem Reich und den Ländern weiter zu vertiefen, wenn möglich, noch eine weitere Steigerung erfahren. Ihnen ein Ende zu setzen war der Gedanke, der die deutschen Vertreter bei den Düsseldorfer Verhandlungen geleitet hat. Dem unglaublichen Ansinnen dieser Vertreter des Einbruchsmächte aber konnte nur eine entschiedene Ablehnung entgegengesetzt werden.

Kündigung der gesamten Belegschaften zum 30. November.

th. Gelsenkirchen, 14. 11. (Eigenbericht)

Der fruchtlose Verlauf der Verhandlungen in Düsseldorf zwischen der Industrie und den Vertretern der Micum hat zu folgenschweren Entschlüssen der Zechenverwaltungen geführt. Heute wurde an sämtlichen Schachtanlagen eine Bekanntmachung der Zechenverwaltungen veröffentlicht, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben wird:

Bei der völligen Erschöpfung unserer Betriebsmittel, bei der Ungeduldetheit der aufkeimenden Arbeitslosigkeit und der trostlosen Lage des Verkehrs, bei den schweren und von den Besatzungsmächten erlassenen Bedingungen ist es heute nicht zu übersehen, ob und inwieweit in Zukunft ein Betrieb möglich ist. Wir sind daher zu unserem Bedauern gezwungen, unserer gesamten Belegschaft zum 30. November zu kündigen.

Soweit die heute vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten sich wirtschaftlich aufrecht erhalten lassen, wird der Betrieb weiter geführt. Sobald es die Möglichkeit bieten sollte, den Betrieb wieder zu eröffnen, werden Einstellungen entsprechend der Absatzmöglichkeit erfolgen.

Politische Abordnung bei der Rheinlandkommission.

WTB, 14. 11. (W. T. B.) Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" teilt mit: Die völlige Zerrüttung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet, sowie die furchtbare Gefahr, daß hunderttausenden Menschen buchstäblich zu verhungern drohen, zwingen zu sofortigem Handeln. Heute nachmittag wird eine politische Abordnung aus dem besetzten Gebiet, verstärkt durch Männer aus dem Wirtschaftsleben, mit der Rheinlandkommission über die zu ergreifenden Maßnahmen verhandeln. Die Sozialdemokratie ist in der Abordnung durch Reichstagsabgeordneten Meerfeld-Köln und Landtagsabgeordneten Kluck-Dortmund vertreten.

Das Schicksal von Ruhr und Rhein.

Fortsetzung der Zahlungen an das besetzte Gebiet.

Wie W. T. B. meldet, hat das Reichskabinett in seiner Donnerstagsitzung beschlossen, von dem Gesamtbetrag, der vom Reiche in Höhe von 900 Millionen Goldmark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt worden ist, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortsetzung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete, insbesondere der Erwerbslosenunterstützungen bereit zu stellen.

Die obige Mitteilung bedeutet eine außerordentliche Ueberraschung und man wird nicht von ihr behaupten können, daß sie dazu beitrage, die Politik der Reichsregierung als geradlinig erscheinen zu lassen. Zu Beginn der Woche wurde von zuständiger Seite mit vollem Ernste darauf hingewiesen, daß angesichts der offenen Gewaltpolitik der Franzosen im besetzten Gebiet für die Reichsregierung die absolute Unmöglichkeit bestehe, die bisherigen Zahlungen, insbesondere die Erwerbslosenunterstützungen, für die Westmark weiter zu leisten. Diese Zahlungen mußten zu einem ganz nahelegenden Termin völlig eingestellt werden. Die Regierung, so wurde erklärt, sehe andere keine Möglichkeit, aus dem Währungschaos herauszukommen, unter dem ganz besonders zusammenbrechen droht. „Die weiteren Zahlungen an die Ruhrarbeiter würden bei Schicksal der Rentenmark von vornherein besiegelt."

Am Donnerstag fand überdies eine Sitzung des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder und dem sogenannten Fünferausschuß statt, die eine Aussprache über die sich immer bedrohlicher zuspitzende Lage im Westen brachte. Schon vorher hatte die Regierung durch W. T. B. die folgende Mitteilung verbreiten lassen:

„Gegenüber vielfach, namentlich im Ausland, verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen rheinischen Republik bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über eine Veränderung des staatsrechtlichen Verhältnisses von Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals eine Errichtung zur Auflösung der rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis der Rheinlande zu den Ländern wie für jede Aenderung dieses Verhältnisses kann nur die deutsche Reichsverfassung maßgebend sein."

Die erwähnten Beratungen galten in erster Linie der Frage der Zahlungsfrist des Reichs zur Unterstützung der Erwerbslosen und der Reichszahlungen an die Beamten, Angestellten und Kommunen. Auch bei dieser Besprechung stand der Gedanke im Vordergrund, daß es unmöglich sein werde, den jämtlichen Währungsverfall aufzuhalten, wenn diese Zahlungen nicht eingestellt würden. Die Vertreter der Länderregierungen waren nach einer offiziösen Mitteilung alle der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen das Reich nicht mehr mit diesen Ausgaben belastet werden könne. Die Vertreter der besetzten Gebiete gaben aber der Hoffnung Ausdruck, daß sich noch Mittel und Wege finden lassen müßten, trotz aller Schwierigkeiten die Zahlungen fortzusetzen. Eine Klärung der Lage erfolgte nicht, und die Besprechungen sollten fortgesetzt werden.

Die eingangs mitgeteilte Tatsache, daß das Reichskabinett zunächst 100 Millionen Rentenmark für das besetzte Gebiet wieder flüssig machen will, bedeutet eine ernste Entscheidung, die in flagrantem Widerspruch zu den von demselben Reichskabinett inspirierten Gedankengängen steht, wonach im Interesse des Gesamtreiches diese Zahlungen nicht weiter verantwortet werden könnten. Nur die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Frage wird noch zurückzukommen sein.

Verdoppelung der Postgebühren ab 20. November.

Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Zwange der außerordentlichen Geldverhältnisse hat die Postverwaltung die seit dem 12. November geltenden Postgebühren von 20. November an verdoppeln müssen. Die Erhöhung erstreckt sich auf sämtliche Hauptgebühren im Inlands- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Einschreibegebühr, vorzeitige und Nachtzeitgebühr, Eilzustellung usw.). Der einfache Rentenbrief kostet sonach vom 20. November 20 Milliarden, die Fernsprechgebühr 10 Milliarden, die Drucksache bis 25 Gramm über 100 Milliarden und die Einschreibung 50 Milliarden Mark.

Ausgeschlossen von der Verdoppelung bleiben die Zeitungsgebühr, die Gebühr für Blindenschriftsendungen, die Versicherungsgebühr, die Gebühr für Geschäftspapiere und Nachrichten, die Postscheckverkehr, die Postanweisungsgebühren.

Die verhafteten Buchdrucker freigelassen.

Der Beschlußfasser im Streikrecht 3 Generalleutnant v. Horn macht bekannt:

Nachdem wir von den beteiligten Stellen versichert ist, daß der Abbruch des Streiks in den sicherheitlichen Betrieben des Buchdruckergewerbes, die Arbeitsaufnahme zudem in diesen Betrieben in Gange ist, habe ich hiermit die gegen die Vorstandsmitglieder der Berliner Ortsgruppe des genannten Gewerkes Otto Gloth, Otto Gaebel, Franz Lagodinski, Robert Braun, Polenske, Gustav Hoffmann, Kasper, Albrecht am 14. 11. 1923 erlassenen Haftbefehle auf. Die Verhaftsten sind sofort in Freiheit zu setzen. Die Einleitung des Strafverfahrens wegen Verstoßes gegen die Verordnungen vom 23. 10. und vom 11. 11. 1923 bleibt durch die Haftentlassung unberührt.

Der Reichsindex.

Steigerung um 121 %.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 12. November, auf das 218,5 milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (68,5 Milliarden) beträgt demnach 121,8 v. H.

Durch die Umstellung der Gütertarife der Reichsbahn auf Goldmark sind die Schlußziffern durch den jeweiligen Umrechnungskurs der Goldmark erfaßt.

Berliner Kurse vom 16. 11.:

1 Dollar amtlich: ℳ 2520 Milliarden
Zuteilung 1 %
1 Pfund amtl.: ℳ 11 000 Milliarden
Zuteilung 1 %
1 Goldmark ℳ 600 Milliarden
Dollarschatzanw.: ℳ 2700 Milliarden
Zuteilung ca. 10—15 Dollar pro Auftrag

Forderungen der Rentenbank.

Reichshaushalt und Zahlungsbilanz.

Am Donnerstag, am Tage der Ausgabe der Rentenmark, empfing der Reichskanzler den Verwaltungsrat und den Vorstand des Deutschen Rentenmark.

Vertreter des Verwaltungsrats

wiesen darauf hin, daß die unerläßliche Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft sein könne, daß Zahlungsmittel nicht über dem Vertrauen des gesamten Volkes getragen sein, und dieses Vertrauen könne nur geschaffen werden durch die unbedingte Zuversicht, daß die Reichsregierung alle nachgeordneten Stellen mit größtem Nachdruck die Tatsachen beikommen würden, die bisher eine Gesundung der Währung verhindert hätten. Dazu sei vor allen Dingen eine auswärtige Politik notwendig, die der sich herausbildenden deutschen Wirtschaftspolitik entspreche, ferner die Umbauleitung des Reichshaushalts, wobei unter Hinzuziehung aller Parteirichtungen auf eine unbedingte Sparsamkeit gedrungen werden müsse. Notwendig sei ferner der Abbau des Beamtenapparates, die Beseitigung aller Produktionshindernden Steuern, und statt einer Einführung weniger, verständlicher und einträglicher Steuern, die Vereinfachung der Finanzen der Länder und Gemeinden unter Oberaufsicht des Reiches, aber unter keinen eigenen Bevormundung, die Lösung der Reichsbetriebe aus dem allgemeinen Etat.

Die Voraussetzung für die Wirtschaftspolitik bei neuen Zahlungsmittel sei im übrigen die Attitüdierung der Zahlungsbilanz, die nur durch Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne. Deshalb müsse die heutige Produktion wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. In diesem Zusammenhang sei die Senkung des Arbeitslohnes und die Besteuerung von den Tarifvertragen zu fordern.

Eine vollständige Umstellung des Erwerbslosenfürsorgewesens werde sowohl der Wirtschaft als der Entlastung des Reichshaushaltes zugute kommen.

Nur unter der Voraussetzung, daß diese Forderungen erfüllt werden, würde nach Ansicht des Verwaltungsrates der Rentenbank Vertrauen im Volke gewinnen und erhalten können, wobei mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß die Schaffung der Rentenmark keineswegs Belastung des Reiches bedeutet und das letzte Mittel bedeute, um zu einer Gesundung von Währung und Wirtschaft zu gelangen. Die Kredite, welche dem Reich zur Stützung der Schaumweinsteuer und zur Ausbauung des Rentenmarkes gegeben worden seien, unter allen Umständen darauf eingestellt, mit diesen Mitteln auszukommen. Die Verwaltung der Rentenbank erwarte diese Forderungen mit dem Bewußtsein ihrer Verantwortung, welche sie keineswegs den bestehenden Besitz und anderen Teilhabern der Rentenbriefe und der Rentenbriefe gegenüber trage.

Der Reichskanzler

erklärte zu den wesentlichen Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrates seine Zustimmung und bedauerte insbesondere, daß die Reichsregierung sich auf alle Fälle innerhalb durch die Verordnung gesteckten Grenzen bis die Besatzung und die Kredite halten werde. Die Bemühe sich mit größtem Nachdruck, die Forderungen der einzelnen Kenner auf das Kreuzerste zu beschränken. Durch Besolgung der von dem Verwaltungsrat der Rentenbank entwickelten Grundsätze sei auch nach Aufhebung des Ruhrkampfes allein die Möglichkeit gegeben, die Wirtschaftsverhältnisse und damit die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik zu ertraglichen Zuständen zu führen. Durch Befolgung dieser Grundsätze werde auch das Reich am besten den Zweck erfüllen, die Reichsbetriebe, die die höchste Belastung im Interesse der Allgemeinheit auf sich genommen hätte. Bereits in den nächsten Tagen werde ein neuer Weg zur Lösung von Papiermark gegen Rentenmark bereitgestellt würden. Der dringende Bedarf der Wirtschaft nach Gewährung von Krediten in der Zeit der Umstellung werde soweit wie möglich befriedigt werden müssen. Nach der Verordnung sei die Kreditgewährung an die Verwaltung der Reichsbahn und der Privatwirtschaften gebunden; die Kreditgewährung an die Wirtschaft seien bereits eingeleitet, und es sei zu wünschen, daß sie zu einem baldigen Ergebnis führen.

*

Die Vertreter der Rentenbank haben den Reichskanzler nun auf das hingewiesen, was das Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Währung allgemein zu verlangen ist. Es fehlte aber bisher an Kraft und Wille, das als notwendig Erkannte auch durchzuführen. Der Reichskanzler hat sich, wie versichert wird, zuversichtlich geäußert. Wie lang wird diesmal der Weg vom Wort zur Tat sein?

Die Rentenmark.

Am 15. November sind die ersten Rentenmark in den Verkehr gebracht worden. Sie nehmen diesen Weg über die Gehalts- und Lohnzahlungen des Staates, bei denen ein größerer Bruchteil, schätzungsweise 50 %, in Rentenmark gegeben wurde. Dabei ist der Kurs der Rentenmark in den Zwangskursen für Devisen und Goldanleihe einbezogen worden. Das Finanzministerium hat bestimmt, daß an allen öffentlichen Kassen die Rentenmark zum Kurse von 1,0 Billiarden in Anrechnung gebracht werden soll, was dem Berliner Kurs für den Dollar von 2,4 Milliarden entspricht. Dieser Kurs war ein künstlicher Kurs, denn die Reichsbank exportierte auf die wichtigsten Devisen und befriedigte den Bedarf nur zu 1 Prozent. Mithin hat das Wirtschaftsleben auch in der Rentenmark keinen unerschöpflichen Wertmesser erhalten. Auch die Rentenmark muß als unterwertet angesprochen werden und es ist sehr zu fürchten, daß damit auch der Umlauf der Rentenmark als Zahlungsmittel nicht gefördert, sondern behindert wird. Auch aus der ungeheuren Preisbildung kommen wir auf diese Weise nicht heraus. Denn eine normale Preisbildung ist erst dann möglich, wenn wir wissen, wenn dem Devisenmarkt die Freiheit zurückgegeben worden ist.

*

Eine Beratung des Reichspräsidenten vom 8. November 1923 regelt die Ausgabe der Mängen im Nennbetrage von 1, 2, 10 und 50 Rentenpfennigen. Die Rentenpfennige sollen in der Größenordnung von ein und zwei Pfennigen, die Nickelmünzen zu fünf und zehn Pfennigen und die Silbermünzen zu 50 Pfennigen erfolgen. Sie sind an den öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel anzunehmen.

Wertbeständiges Notgeld der öffentlichen Körperschaften.

Der Inhaber der vorläufigen Gewalt, General von Seeckt, hat unter dem 12. 11. 1923 eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen, nach der bis zum 15. November 1923 wertbeständiges Notgeld zur Beschaffung von Zahlungsmitteln ausgeben können, wenn das Reichsfinanzministerium einem hierauf gerichteten Antrage stattgegeben hat. Innerhalb der Ausgabebezirke ist das Notgeld als gesetzliches Zahlungsmittel anzuwenden.

Der Reichsfinanzminister hat bestimmt, daß das Notgeld durch Goldanleihe gedeckt sein muß.

*

Auch die Reichsbahnverwaltung gibt demnächst wertbeständiges Notgeld heraus, und zwar Scheine zu 1/10, ¼ und ½ Dollar.

Noch keine Beschlüsse der Botschafter.

Die gestrige Sitzung wieder vertagt.

S. Paris, 16. 11. (Eigenbericht)

Die Botschafterkonferenz ist gestern Nachmittag ¼ vor 6 Uhr zu ihrer mit großer Spannung erwarteten Sitzung zusammengetreten, auf deren Tagesordnung die Frage der Hohenzollern und die der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland stand. Die Konferenz endigte, daß die verschiedenen Vertreter beschlossen, über den angeblichen Mißerfolg der Verhandlungen an ihre Regierungen zu berichten, und dann in einer neuen Sitzung weiter zu beraten. Die bisherigen Verhandlungen ergeben folgendes Bild:

Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten besteht sich auf den

Gegensatz zwischen Paris und London,

der auch gestern eine Einigung unmöglich machte. Frankreich erwägt folgende drei Wege:

1. Völlige Einigung unter den Alliierten.
2. Einigung auf bestimmte Punkte.
3. Isolierung Frankreichs, d. h. völlige Bewegungsfreiheit allen übrigen Alliierten gegenüber. Was die von Frankreich zu ergreifenden „Sanktionen" anbetrifft, so lassen Blättermeldungen darauf schließen, daß an die Besetzung wichtiger Eisenbahnpunkte zwischen Nord- und Süddeutschland östlich von Frankfurt und an eine intensivere Gestaltung der Ruhrbesetzung gedacht wird.

Mit Rücksicht auf die schwierigen diplomatischen Verhandlungen wird Poincaré entgegen seiner ursprünglichen Absicht in der heutigen Kammersitzung nicht das Wort ergreifen. Zur Debatte stehen nicht weniger als 13 Interpellationen über die auswärtige Politik. Der Auswärtige Ausschuß des Senats ist in seiner gestrigen Sitzung übereingekommen, vom Ministerpräsidenten bestimmte Aufklärungen in kürzester Frist über Fragen der auswärtigen Politik zu verlangen, und zwar:

1. über die Beziehungen Frankreichs zu seinen Alliierten,
2. über die politische und finanzielle Lage Deutschlands
3. über die Ruhrbesetzung und ihre Ergebnisse.

Die gemeinsame Freitagssitzung der Reparationskommission ist für diesmal abgesagt worden.

Einigung in der Flumefrage?

S. Paris, 16. 11. (Eigenbericht) Wie das „Petit" aus Belgrad meldet, berichtet die Prager Presse, daß eine Einigung zwischen Italien und Jugoslawien in der Flumefrage erzielt worden sei. In politischen jugoslawischen Kreisen glaubt man zu wissen, die Einigung dahere auf folgender Grundlage: Annexion Flumes durch Italien und Schaffung einer jugoslawischen Freizone im Hafen von Flume.

Obata japanischer Botschafter in Berlin?

London, 16. 11. (Eigenbericht) Wie „China Press and Telegraph" meldet, soll nach inoffiziellen Nachrichten aus Tokio der frühere japanische Gesandte in Peking, Obata, zum Botschafter in Berlin als Nachfolger des noch amtierenden Botschafter Hoissi, der während des Krieges gleichfalls Gesandter in Peking war, ausersehen sein.

*

Nach Erkundungen bei der Berliner japanischen Botschaft hat die Nachricht viel Wahrscheinlichkeit, doch liegt eine offizielle Bestätigung noch nicht vor.

Vor Auflösung des englischen Parlaments.

Rede Baldwins.

London, 16. 11. (W. T. B.)

Der gestern im Unterhaus gehaltenen Rede Baldwins in Erwiderung auf das den Ramsay Macdonald namens der Arbeiterpartei eingebrachte Tadelsvotum wurde vom Hause mit großer Spannung entgegengesehen.

In Erwiderung auf die Aufführungen Macdonalds sprach

Premierminister Baldwin

zunächst über auswärtige Angelegenheiten und sagte, er stimme mit Macdonald überein, daß in den auswärtigen Angelegenheiten vor allem unendliche Geduld notwendig sei. Die Regierung habe die ganze Zeit gewünscht, eine Regelung zu erreichen, aber sie habe sich vor Augen halten müssen, daß die Lage des Friedens nicht schneller freimachen könne als eine neue Feindschaft in Europa schaffe. Als

der Meinungsaustausch mit Amerika

begonnen habe, habe er große Hoffnungen gehegt, daß er tatsächlich zu einem soliden Fortschritt führen werde, aber wie schon so oft vorher habe die Regierung gefunden, daß alle ihre Anstrengungen zunichte gemacht wurden nicht durch für eigenes Mißtreten, oder durch das Mißtreten Amerikas, sondern durch das Auftreten von zwei ihrer eigenen Alliierten. Er habe keine Bemühung unterlassen, es den Alliierten zu ermöglichen, daß das britische Volk nicht unbegreifte Zeit fortfahren könne, den für ihre Zusammenarbeit und für die Erhaltung der Entente notwendigen Geist zu bewahren, wenn gestattet werde, daß die gegenwärtige Lage sehr viel länger andauert.

Hierauf wandte sich Baldwin der

Frage der Arbeitslosigkeit

zu und sagte, jedermann müsse übergeugt sein, daß vor allem durch die Besetzung des Ruhrgebiets und die dadurch auf die Wirtschaftslage Deutschlands ausgeübte Wirkung die Wiederherstellung Europas um Jahre hinausgezögert worden sei. Dieser Stehe man einer Lage gegenüber, die schlimmer sei als die im vergangenen Winter. Deshalb schlage er Maßregeln vor, die für radikal halte, um mit der Lage während dieser Periode fertig zu werden. Baldwin wies auf die Möglichkeit einer ungeheuren Steigerung der Auffuhrhandels von seiten Deutschlands hin, wenn dieses Land sich wieder regen könnte. Die Regierung wünsche die Politik, in dieser Angelegenheit mit Hilfe der sogenannten Ottawa-Verträge, wenn sie sich als wirksame Verfahren der wirkungsvoll verbunden oder der Dominions eine Vorzugsbehandlung gewähren und die Einführung eiböten könnte.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei ist vom Unterhause mit 285 gegen 190 Stimmen abgelehnt worden.

*

Das englische Unterhaus hielt am Dienstag seine erste Sitzung nach den Ferien ab, in der Ministerpräsident Baldwin mitteilte, daß am heutigen Freitag die Auflösung des Parlaments erfolgen werde. Baldwin erklärte gleichzeitig, daß er die Regierung nicht weiterführen könne, wenn er seine Position nicht auf die Zustimmung des Parlaments, des Schatzkanzlers oder Freihandel ist damit eröffnet. In den englischen Parteiverhältnissen ist insofern eine wichtige Veränderung eingetreten, als der aus Liberalen Partei den Kampf auf der Freihandelsplattform gemeinsam führen werden. Lloyd George hat darüber hinaus das Bestreben, ein politisches liberales Programm zusammenzubringen, weil eine rein negative Einstellung, wie sie in der Ablehnung des Schutzzolls liegt, für die Wahlen nicht genüge. Auf der anderen Seite ist bisher die geplante Wiedervereinigung der Konservativen durch die Aufnahme der früheren Koalitionsminister Horne, Chamberlain und Birkenhead nicht gelungen. Die freihändlerische Gruppe innerhalb der Konservativen hat dagegen beschlossen, die gegenwärtigen Schutzzollbestrebungen nur als vorübergehend zu betrachten und die Regierung bei den Wahlen zu unterstützen.

Was die dritte große Partei, die Arbeiterpartei, betrifft, so geht sie an sich mit guten Aussichten in die Wahlen. Freihandel und Arbeitslosigkeit sind ihre Agitationsmittel. Die Arbeiterpartei will überdies dem Regierungsprogramm noch besondere Forderungen entgegenstellen, darunter Abschaffung der Kopfsteuer, Abschaffung der Lebensfürsorge und Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und Rußland. Wahlkreuzzüge scheint aber die Partei in einem ziemlich schwierigen Lage zu sein. Einerseits ist sie überaus kurze Dauer des Wahlkampfes (die Neuwahlen finden schon am 6. Dezember statt) für sie ein Nachteil, andererseits sollen die Geldmittel der Partei gering sein.

Das Unterhaus setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen: Konservative 342, Arbeiterpartei 144, Liberale (Lloyd-George-Gruppe) 62, Lloyd-George-Liberale 54, andere Parteien 7, vakante Sitze 4, zusammen 615. Für diese 615 Sitze werden ungefähr 1350 Kandidaten aufgestellt werden, darunter 80 Frauen. Die Konservativen und die Liberalen werden etwa je 480 Kandidaten aufstellen, die Arbeiterpartei 390.

Vertrauensvotum für Mussolini.

Rom, 15. 11. (T. U.) Der Senat hat mit 165 gegen 41 Stimmen Mussolini das Vertrauen erneuert.

Eisenbahnunglück bei Cannstadt.

7 Tote, 20 Verletzte.

Stuttgart, 15. 11. (W. T. B.) Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 5¼ Uhr, ist eine Lokomotive ohne Besatzung bei auf Halt stehenden Ausfahrtssignal auf dem Kangerbahnhof Untertürkheim gegen Kornwestheim auf dem falschen Gleis aufgefahren und bei Münster am Neckar auf einen entgegenkommenden Lokalzug aufgefahren. Sieben Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt, zumteil schwer.

An der Ruhr.

Die Tatsache, daß die Vertreter der Ruhrindustrie vor einigen Wochen mit den Franzosen in Düsseldorf Verhandlungen begonnen hatten, gab behauptlich einem gewissen Teil der Presse Anlaß, über Vaterlandsverrat zu schreien. Jetzt sind diese Verhandlungen an den unverschämten Forderungen der Franzosen gescheitert, und wiederum erschallt das Geschrei über Vaterlandsverrat der Ruhrbesitzer.

Es ist sehr bezeichnend, daß der „Vorwärts" über den Abbruch der Verhandlungen in Düsseldorf lediglich ein französisch gefärbtes Communiqué abdruckt, in dem die französischen Forderungen, um derentwillen der Abbruch erfolgte, sorgsam verschwiegen werden. Unsere Leser wissen, daß die Franzosen sich weigerten, die zu liefernden Kohlen auf Reparationskonto schreiben zu lassen. Sie verlangten, daß die Verrechnung der Gegenwerte „auf ein anderes Konto" geschrieben werde. Augenscheinlich wollte man aus dem Wert der vom Ruhrgebiet zu liefernden Kohlen andere Unkosten Frankreichs, bedeutend die riesigen Kosten des rechtswidrigen Ruhreinbruchs, in bequemer Weise decken. Daß die deutschen Vertreter dieses die Reichsinteressen völlig zuwiderlaufende Ansinnen Frankreichs abweisen mußten, verstand sich von selbst. Es entsprach auch in keiner Weise den Bestimmungen der Reparationsleistungen.

Es ist klar, daß auch die Taktik der Franzosen die Not der Ruhrbevölkerung einen furchtbaren Grad erreichen muß. Die Betriebe haben vom 1. Dezember ihren Arbeitern kündigen müssen, da eine Möglichkeit, sie weiter zu beschäftigen, bei dem Verhalten Frankreichs nicht mehr gegeben war. Dazu kommt, daß die Unterstützungsgelder, die von Berlin aus während des Ruhrkampfes gezahlt wurden, in allernächster Zukunft wegfallen müssen. Schon heute ist die Not im Ruhrgebiet so entsetzlich, daß man, wäre diese Zahlungseinstellungen nicht eine absolute Notwendigkeit, kaum auf den Gedanken kommen könnte, das Land ohne Hilfe von deutscher Seite helfen zu müssen. Welches Elend jetzt noch regeln, wenn die Zahlungen fortgesetzt würden. Wir wissen, daß im Ruhrgebiet mit diesen Unterstützungsgeldern zum Teil ein unerhörter Mißbrauch getrieben worden ist, daß sehr viele Summen an Leute gelangten, die sie nicht nötig hatten und die es vorzogen, statt ihre gewohnte Tätigkeit fortzuführen von Reichsgeldern sich ernähren zu lassen. Wenn die Summen, die heute noch zur Verfügung stehen, durch eine straffe Verteilung nur an die wirklich infolge Bedürftigen gelangen, so wäre mit einem Handstreich Mißstand gebrochen. Seit dem Abbruch des Widerstandes hat dieser Mißstand nur noch zugenommen, und es ist eine schwere Unterlassungssünde des Kabinetts Stresemann, daß es zwar seit drei Monaten und alles Mögliche versprochen hat, aber auch hier nichts geschehen ist. Die Zustände sind schlimmer geworden, als sie je unter Cuno gewesen sind.

Aus Gewerkschaftskreisen hat sich nun der „Vorwärts" zu der Lage an der Ruhr einen Artikel schreiben lassen, der von neuem aus das bekannte Lied der völlig geistigen Unzulänglichkeit dieser abgewirtschafteten Gewerkschaftspolitik bietet. Hiermit ist natürlich der Ruhrkampf und der altbesetzten Gebiete zum Reich, hinter denen der durch das Kassenschmapphaus hindurchgemachte brave Gewerkschafter nur das Produkt des „engsten nackten Profitinteresses" einer Klasse erblickt, als deren Feind es sich fühlt und der er dabei jede notwendige Solidarität versagt, sind im Wahrheit nur zurückbare, aber objektive Notwendigkeiten, die sich zum größten Teil als Konsequenzen einer fünfjährigen, vorwiegend sozialdemokratischen Innen- und Außenpolitik herausstellen. Da darf man sich nicht hinstellen wie ein weinendes Kind in der dunklen Stube und gegen die harten Wände schlagen. Was mit dafür eingetreten ist, daß fünf Jahre hindurch Deutschland das Land des raffiniertesten Luxus gewesen ist, gegen den all der schäbige Luxus in den Tanzpalästen und Spielhöllen für den Augenblick gar nicht wirkt, nämlich der Luxus des Sieben- und Achtstundentages, der hat jetzt nicht das Recht, über Landesverrat zu zetern. Seine Zeit ist um.

Das Reichskabinett und die Parteien.

Die Parteiführerbesprechung, die gestern Abend beim Reichskanzler stattfand, brachte ein wesentliches neues Moment. Bemerkenswert war nur, daß von seiten der Reichsregierung erklärt wurde, man befinde sich in einem Irrtum, wenn man die Rückkehr des Ministers Farrer in Bezug auf das besetzte Gebiet dahin deute, daß er dem Ihr Ausschuß für Ruhr und Rhein außer den Befugnissen, mit den Franzosen über wirtschaftliche und soziale Fragen zu verhandeln, auch Vollmachten für politische Angelegenheiten habe geben wollen. Mit dieser Erklärung erreichte die Reichsregierung für den Augenblick, daß die Parteiführer ihre Kritik etwas zurückstellen.

Die Demokratische Fraktion, die als einzige heute Vormittag im Reichstag eine Besprechung abhielt, vertagte die Entscheidung, bis die Verhandlungen mit dem Ihr Ausschuß abgeschlossen seien. Wie bekannt, sollen diese morgen wieder aufgenommen werden. Ueber ihr Ergebnis wird auch der Ruhrkriege Ausschuß zu beraten haben, der Montag um 10 Uhr zusammentritt.

An unsere Leser!

Der von linksradikaler Seite in die Arbeitnehmerschaft getragene Buchdruckerstreik verhinderte die Zustellung unserer Zeitung bis zum heutigen Tage. Nachdem dieser Streik zusammengebrochen ist, erscheint die „DAZ" von heute an wieder regelmäßig zum Preise von 1,60 Goldmark für die Zeit bis Sonnabend, den 24. November.

Diejenigen Abonnenten, welche für die Woche vom 11. bis 17. November bereits bezahlt hatten, haben damit den Bezugspreis für die kommende Woche abgegolten.

Der Verlag.